A17 (Ä1) Echte Lösungen gegen Extremismus in der Innen- und Bildungspolitik durchsetzen statt Populismus und Diskriminierung

Antragsteller*in:	Ocean Renner (KV Nordfriesland)
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Die Bedrohung für unsere Demokratie und Gesellschaft ist durch jegliche Arten von Extremismus größer den je: Ob durch die AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus, islamistische Anschläge oder die Bedrohung durch autoritäre Regime aus dem Ausland. Alles zeigt, wie ernst die Gefahr ist und dass die bisherigen Antworten auf diese nicht ausreichend sind. Schließlich bedrohen Islamismus, Rechtsextremismus und andere extremistische Ideologien Frauen*, queere Menschen, Minderheiten, Andersdenkende und -gläubige in ihrer Lebensweise und Freiheit. Wir müssen daher diese aktuellen Entwicklungen in den Blick nehmen.

Der furchtbare Terroranschlag von Solingen hat uns zutiefst erschüttert. Deshalb verurteilen wir umso mehr jegliche Versuche, den Anschlag für politische Zwecke auszunutzen. Es ist fatal, dass sich die politische Diskussion im Bereich Terrorismusbekämpfung mehr auf rechtspopulistische Scheinargumente und die Abschiebung von Geflüchteten konzentriert als auf tatsächliche Lösungen. Solche Debatten werden der Relevanz des Themas nicht gerecht und schaden insbesondere den Menschen, die bereits jetzt am stärksten marginalisiert sind. Es darf nicht passieren, dass Menschen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Aussehens oder Geburtsortes unter Generalverdacht gestellt werden. Dies befeuert rassistische Vorurteile und gefährdet unsere Demokratie und die Sicherheit vieler unbeteiligter Menschen.

Als Bündnis 90/die GRÜNEN Schleswig-Holstein fordern wir daher nicht nur eine klare Kante gegen Extremismus zu zeigen, sondern auch endlich Konsequenzen aus dieser zu ziehen. Wir stehen zu unserer außen- und innenpolitischen Haltung, Menschenrechte, Frieden und Humanität in den Mittelpunkt zu stellen. Dies bedeutet auch, international gegen autoritäre Regime zu stehen und Terrorismus gemeinsam zu bekämpfen. Innerhalb von Schleswig-Holstein und Deutschland gelten diese Grundsätze nicht nur, sie müssen sich auch in unserer Innenpolitik widerspiegeln:

1) Viele Menschen fliehen weltweit vor islamistischer Gewalt und Terror. Ein entschlossener Kampf gegen Islamismus bedeutet, dass Menschen, die vor diesem fliehen, Schutz bekommen. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, dass bis jetzt kein bundesweiter Abschiebestopp für Ezid*innen beschlossen wurde, obwohl der Deutsche Bundestag den Genozid der Terrororganisation „Islamischer Staat“ an den Ezid*innen bereits offiziell anerkannt hat.

2) Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien lehnen wir strikt ab, genauso wie Streichungen, Kürzungen und Einschränkungen von Sozialleistungen für Geflüchtete (bereits jetzt befinden sich die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unter dem Existenzminimum), das Konzept „sicherer Herkunftsstaaten“, den Kabinettsbeschluss (vom 26.06.24) zur Verschärfung im Aufenthaltsrecht in der derzeitigen Form und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen. Das Asylrecht ist eine unverzichtbare Errungenschaft und eine historische Lehre aus

der Zeit des zweiten Weltkrieges, in der unter anderem jüdische Schutzsuchende an den Grenzen abgewiesen und später vom NS-Regime ermordet wurden. Eine Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Taliban-Regime in Afghanistan, das Gender-Apartheid betreibt, oder dem diktatorischen Assad-Regime in Syrien würde eine Stärkung von Diktatur, Antisemitismus und Islamismus bedeuten. Zudem verbietet es sich, Menschen in Gebiete zu schicken, in denen ihnen Folter und Tod drohen. Terrorismus wird nicht bekämpft, indem man Menschen, die teilweise selbst vor Terror und Gewalt fliehen, noch unmenschlicher behandelt. Stattdessen brauchen wir Solidarität und Zusammenarbeit mit den Menschen, die sich mutig gegen Diktatur und Terror stellen. Migrantische Initiativen und Stimmen für Vielfalt und Demokratie, zum Beispiel von geflüchteten Afghan*innen, Syrer*innen, iranischen Oppositionellen, Kurd*innen, Ezid*innen, und vielen mehr müssen gestärkt werden.

3) Statt dieser aktuellen Debatte brauchen wir lösungsorientierte Vorschläge. Wir müssen uns auf eine menschliche Migrations- und Integrationspolitik fokussieren. Dazu gehören mehr Geld für Integrations- und Sprachkurse, die Aufhebung von Arbeitsverboten, Abbau von diskriminierenden Strukturen, bessere personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Behörden, psychotherapeutische Angebote für Menschen mit Traumata und weitere Maßnahmen, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

4) Unsere Demokratie wird täglich durch die vielen Menschen gestärkt, die sich ehrenamtlich engagieren. Wir brauchen endlich ein starkes Demokratiefördergesetz, das zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für Demokratiebildung und Menschenrechte einsetzen, langfristig Planungssicherheit bietet. Programme wie „Demokratie leben!“ müssen vonseiten des Bundes, vonseiten des Landes entsprechend cofinanziert, auskömmlich finanziert und vor Ort professionell begleitet werden .

5) Kultur verbindet Menschen und stärkt Gesellschaft. Die Förderung von Kultur, Kunst und Musik, die Juden*Jüdinnen, BIPOC, queeren Menschen, Menschen mit Behinderung und anderen unterrepräsentierten Gruppen eine Plattform bietet, muss gesichert und ausgebaut werden.

6) Viele Menschen, die sich terroristischen Gruppierungen anschließen oder terroristische Gewalttaten begehen, radikalisieren sich in Deutschland. Radikalisierung findet auch häufig im Internet statt. Deshalb gilt: Die Bekämpfung von Fake News, Hassrede und Aufstachlungen muss endlich angegangen werden. Dazu fordern wir, die bestehenden Regeln durchzusetzen, Social-Media-Konzerne konsequent zur Moderation zu verpflichten und die Sicherheitsbehörden so in ihrer Ausbildung und Infrastruktur auszustatten, dass sie Straftaten im Netz erfolgreich aufklären können.

7) Wir fordern den Fokus unserer Politik auf Prävention zu legen, um reaktionären Denkweisen entgegenzuwirken. Prävention ist hier vielfältig gemeint und stützt sich auf alle genannten Punkte. Ob durch Bildungsarbeit, Kultur, die Arbeit der Sicherheitsbehörden oder andere Maßnahmen: Unsere Gesellschaft muss überhaupt verhindern, dass es zu Gewalt, Hass und Hetze kommt, anstatt sich in der reinen Reaktion auf diese wiederzufinden.

8) Weiter unterstützten wir ausdrücklich rechtsstaatliche Schritte wie Vereinsverbote, Befugnisse für den Verfassungsschutz bei der Kontrolle von extremistischen Organisationen (z. B., um die Finanzierung besser zu erkennen)

oder politische Maßnahmen wie die Verschärfung des Waffenrechtes und der Entzug von Waffen bzw. die Nicht-Erteilung von Waffenerlaubnissen für Extremist*innen. Entscheidend bleibt, dass diese Maßnahmen im Sinne der Gewaltenteilung kontrolliert werden. Auch Schritte die sich auf den Verfassungsschutz und andere Institutionen beziehen, müssen immer mit einer kritischen Betrachtung dieser einhergehen. Dadurch verhindern wir einen Missbrauch dieser Möglichkeiten und arbeiten weiterhin an Reformen und Verbesserungen für diese.

9) Extremistische Angriffe wie dieser in Solingen sind auch ein Ausdruck patriarchaler Strukturen, die sich nach wie vor durch unsere Gesellschaft ziehen. Gewalt von Männern muss als sicherheitspolitisches Thema in den Mittelpunkt gerückt werden. Es braucht flächendeckende Jungenarbeit, die zielgerichtet Geschlechterstereotype problematisiert und Rollenbilder aktiv aufbricht und Gewaltspräventionsangebote, die bei Verhaltensauffälligkeiten einschreiten können, bevor es zu einer schweren Straftat kommt. Von patriarchaler Gewalt Betroffene müssen flächendeckenden Schutz und Beratung erhalten.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Extremistische Ansichten gefährden Menschen-Rechte und unser Zusammen-Leben. Deshalb müssen wir extremistische Ansichten bekämpfen.

Wir finden es nicht gut, wie viele Menschen in der Politik momentan auf diese Gefahr antworten. Viele Mitmenschen werden dabei diskriminiert.

Wir wollen, dass Menschen, die vor Extremismus fliehen, Schutz bekommen. Wir wollen, dass Schutzsuchende selbst-bestimmt leben können und gut versorgt werden.

Wir wollen, dass die Demokratie-Förderung, politische Bildung und Kultur mehr Geld und Unterstützung bekommen.

Wir wollen verhindern, dass Menschen zu Extremist*innen werden und Hass verbreitet wird. Wir wollen Extremismus rechtstaatlich bekämpfen.

Wir wollen Gewalt von Männern als wichtiges Thema anschauen.

Begründung

An diesem Antrag haben folgende Personen mitgewirkt:

Marcel Beutel

Ocean Renner

Tarik Pahlenkemper

Lone Prolingheuer

Der Antrag wird gleichzeitig auch zur Landes-Mitglieder-Versammlung der Grünen Jugend Schleswig-Holstein eingereicht. Wenn der Antrag dort beschlossen wird, schließt sich die Grüne Jugend Schleswig-Holstein als Antragstellerin an.

Unterstützer*innen

Lone Prolingheuer (KV Kiel); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Nils Tellert (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Lukas Peschke (KV Kiel); Annette Schubart (KV Ostholstein); Tarik Pahlenkemper (KV Schleswig-Flensburg); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Axel Rasmussen (KV Nordfriesland); Ullrich Günther (KV Ostholstein); Luca Moriconi (KV Pinneberg); Kevin Thomsen (KV Nordfriesland); Marilla Meier (KV Lübeck); Reimo Schaaf (KV Ostholstein); Finn Brüggemann (KV Lübeck); Christoph Fischer (KV Segeberg); Denise Kreissl (KV Segeberg); Maxim Shaporin (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Lorenz Mayer (KV Segeberg); Reinhard Junge (KV Plön); Sören Petersen (KV Lübeck); Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Said Ettejjari (KV Segeberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg)